

Erscheint täglich  
früh 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Redaktion und Expedition  
Johanniskirche 23.  
Sprechstunden der Redaktion  
Vormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—5 Uhr.  
Für die Abgabe eingekaufter Nummern  
mehr als 100, die Redaktion nicht  
verantwortlich.

Zunahme der für die nächst-  
liegende Nummer bestimmten  
Materie an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Feiertagen früh bis 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
In den Filialen für Int.-Anzeigen:  
Otto Niemeyer, Universitätsstr. 22,  
Louis Lüttich, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 348.

Donnerstag den 18. November 1880.

74. Jahrgang.

## Bur gesälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
Freitag den 19. November nur Vormittags bis 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
geöffnet.

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

#### Bekanntmachung.

Von Donnerstag, den 18. d. M. ab wird Herr Stadtbaurat Medicinalrat Dr. Siegel im Parterre des Grundstücks Obstmarkt 3, und zwar in den Stunden von 10—12 Uhr Vormittags, expedieren.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wieschmidt.

#### Bekanntmachung.

Die Expedition des Quartieramtes und der Hundesteuer befindet sich von Donnerstag, den 18. d. M. ab im Parterre des Grundstücks Obstmarkt 3.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wieschmidt.

#### Bur Lage.

\*\* Berlin, 16. November. Die Budgetreden der Redner der Fortschrittspartei und der Secessionistengruppe ließen an einem unölichen Widerspruch. Wer die Beweisführung unternimmt, der vor der preußischen Staatsregierung behauptete wirtschaftliche Auschwung sei nicht eingetreten, die bisher erfolgte Wirtschaftspolitik werde solchen Auschwung nur noch weiter hemmen, der müsse zu dem Resultat kommen, die gebotene Steuererleichterung abzulehnen. Ist dieser Steuererlass im Widerspruch mit der "traditionellen guten Finanzpolitik des preußischen Staates", wird er aus Schulden gedeckt, "um den Steuerzahler ein Vergnügen zu bereiten", so dürfte das Land veräusseren, daß seine Vertreter diesem Abfall von den guten traditionellen Finanzpolitik des preußischen Staates, bloß um eine augendienliche verhängliche Stimzung im Lande hervorzurufen, nicht zustimmen. Mit der Zustimmung macht man sich zum Mitschuldigen, wenn man diese ungünstige Meinung von den finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes hat. Mit solchen Anklagungen ist die Zustimmung des Abg. Ritter zu dem Steuererlass schwer, der Antrag des Abg. Richter gar nicht in Einklang zu bringen. Die Stellung der nationalliberalen Fraktion zu dem übereinstimmenden Antrag der Regierung bleibt eine vorsichtige. Die Regierung weist nach, daß das Ordinariat des Staats einen Überschuss von 23 Millionen Mark hat. Nach der Ansicht einiger Redner, speziell auch des Herren Ritter, ist der Überschuss in dieser Höhe nur durch Erspartisse, wo solche am wenigsten angebracht sind, speziell beim Eisenbahnetz, erzielt worden. Die Richtigkeit dieser Meinungen kann nur in kommissarischer Verderathung geprüft werden und in dieser muß auch die streitige Frage über die in das Extraordinarium eingehaltenen Beträge prinzipiell zur Erledigung kommen. Ein Bezug auf die Stellung der nationalkonservativen Fraktion zu dem Antrage der Regierung und zu dem Antrage des Abg. Richter wird demnach erst vor der zweiten Beratung zu fassen sein. Eine vorherige Beschlussfassung würde schon aus Achtung vor den Einwänden verschiedener Redner gegen die Staatsaufstellung nicht stattfinden können.

#### Politische Uebersicht.

Leipzig, 17. November.

Allmähig wird es auch in weiteren Kreisen immer einleuchtender, daß man in Preußen unter der Pufftamerischen Ära darauf hinaus, Alles, was an Erfolgen der zehnjährige Kulturkampf gebracht haben kann, in Frage stellen, indem die Schulen wieder an die Kirche ausgeliefert werden sollen. Da ganz rein katholischen Gegenenden, wie im westfälischen Kreise Brilon, dem finsternen Wahlpunkt des Herrn Schroeder-Lippstadt, jubilie die ultramontanen Organe bereits, daß Dafk den Concessiones des Kultusministers von Pufftamer der Kirche seine alte Stellung in der Schule, d. h. seine Herrschaft über dieselbe vollkommen wieder errungen habe. Da mag denn der neue Staatssekretär des Postes, Cardinal Jacobini, wohl mit Genugtuung constatiren, daß in Preußen die kirchenpolitischen Geffe nicht mehr in Anwendung kommen, und mag daraus Hoffnungen für die Zukunft schöpfen. Unter diesen Umständen braucht es der Kirche wirklich auf den raschen Abschluß eines dauernden Friedens nicht angemessen, denn wer die Schule hat, dem gehört die Zukunft, und sind erst einmal wieder die Soldatenkinder in den katholischen Provinzen die Untergebenen der Kirche, so ist auch die kommende Generation den Ultramontanen als getreue Gesellschaft ebenso sicher, wie die gegenwärtige katholische Wählerschaft, welche Unterricht und Erziehung während der unglücklichen fünfziger Jahre genossen hat. Leider

sieht es in den evangelischen Gegenenden Preußens nicht viel besser, da auch hier Herr v. Pufftamer die Leiter sieht auf die Geistlichen als ihre natürlichen Vorgesetzten verweist.

Dem Organ der Centrumspartei, die "Germania", kommt die gestellte Interpellation des Abg. Hänel sehr ungelegen. Sie hält dieselbe für — friedensgefährlich. Die Centrumwähler in den christlich-spezialen Versammlungen mit obligaten Schlägereien sowie die Friedensbewegungen antisemitischer Pferdebahnpassagiere lösen dem ultramontanen Blatt offenbar mehr Vertrauen ein, als eine deutliche Erklärung der preußischen Regierung über ihre Stellung zu den Wählern. — Die "B.Z." vergleicht die deutschen "Antisemiten" mit den Czechen in Böhmen. Auch die Czechen behaupten, allenfalls, wo wir um uns blicken, finden wir den Deutschen als Herrn, die eingeborene Bevölkerung aber in dienstbarer Stellung". „Die Deutschen wohnen in Palästen, die Czechen in Ställen.“

In einer Sitzung des Hamburger Bürgerausschusses erschien als Commissar des Senats Senator Dr. Mühlberg, um auf die Anfrage des Bürgerausschusses wegen des "kleinen Belagerungs Zustandes" Auskunft zu ertheilen, und zwar mündliche Auskunft, während die Antworten des Senats auf Auskunftsanfragen sonst immer schriftlich erfolgen. Die Mitglieder des Bürgerausschusses, welche in der Sitzung anwesend waren, verpflichteten sich auf Wort, über die wegen des "kleinen Belagerungs Zustandes" geplagten Verhandlungen bis auf Weiteres nichts an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Die Stände in Waldeck nahmen eine von einer Commission verfaßte Denkschrift an; darin wird die Stellung des Landtages zu den schwierigen Fragen, das Verhältnis Waldecks zu Preußen und die Gründe der gegenwärtigen Ablehnung des Staats eingehend beleuchtet und als das in beiderseitigem Interesse Wünschenswertste die Annexion der Fürstenthümer Waldeck-Pyrmont bezeichnet; wenn aber derselbe noch andauernd die bisherigen Gründe der deutschen Politik im Wege stehen sollten, dann sei wenigstens eine für Waldeck wohlwollendere Ausführung des Accessionsvertrages geboten.

Die Panzerkorvette "Hansa" ist in Kiel jetzt einer eingehenden Untersuchung unterworfen worden; nach dieser sind grobe innere, auch äußere Reparaturen und Änderungen notwendig. Von einer Ordnungsfeststellung dieser Corvette ist jetzt vorläufig daher abzusehen werden. Dagegen sind von der Admiralität die Corvetten "Blücher" und "Wolfe" zur Aufwahl für ein Anfang des nächsten Jahres in Dienst (für welches Jahr, ist zweifelhaft) noch unbekannt zu stellende Schiff d. signirt. — Verschiedene höhere Artillerie- und Marineoffiziere haben sich nach Cuxhaven und von dort an die Mündung der Elbe begaben, um den zweitägigen Schießübungen vom Seefort Nagelback und der festen Batterie Gimmerhorst aus beizuwohnen. Es soll besonders die Kraft und Schußsicherheit der schweren georgenen 28 Centimetergeschütze zur Zeit bewegter Hochwasserbedingungen und veränderten Luft- und Wettereinflüssen erprobt werden.

Im Unterhaus zu Pest betonte Szontagh die Notwendigkeit der Erweiterung des Verzehrungssteuervertrages mit Österreich, um den finanziellen Überflüssen abzuhelfen. Die ver einzige Opposition hält eine Verschmelzung mit der gegenwärtigen Regierung und der Wiso für ausgeschlossen. Der Finanzminister bestreut die Ablehnung der Fusion, die auf Grund des Bruches des erwähnten Vertrages ehezeitlich unmöglich wäre.

Ausgabe 16,250.

Abo-Preis vierter Teil, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> M.,  
incl. Dringlichkeit 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.,  
Jetzt einzelne Nummer 25 M.,  
Belegexemplar 10 M.,  
Gebühren für Extrabelägen  
ohne Postbelehrung 35 M.,  
mit Postbelehrung 45 M.

Insetrate 5 cent. Zeitteil 20 M.,  
Großere Schriften laut unserem  
Preisverzeichniß. — Tadellos  
Soy nach zulässigem Tarif.

Reklamen unter dem Redaktionsschild  
die Spaltzahl 40 M.,  
Insetrate sind stets an d. Preisliste  
zu richten. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung praeumeratur  
oder durch Postrechnung.

Bon dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte sollen  
den 20. November 1880  
auf Antrag der Erben die zum Nachlaß des Privatmanns Herrn Johann Wilhelm Lindner in Anger gehörigen Grundstücke, als:  
I. das in Anger, Hauptstraße Nr. 3, belegene Grundstück Nr. 20 des Brandstattersches Nr. 53, und  
II. das in Volkmardorf, am Habet Nr. 77 belegene Grundstück Nr. 73 des Brandstattersches für Anger  
und Nr. 34 des Flurbuchs und fol. 18 des Grund- und Hypothekenbuches für Volkmardorf,  
welche Grundstück am 19. Juli 1880 und war:  
ad I auf 34.522 M.—  
ad II auf 9650 M.—  
gewürdert worden sind, freiwilliger Weise an die hierunter ausabhängenden Anklagten hierdurch bekannt gemacht wird.  
Leipzig, am 7. October 1880.  
Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.  
Steinberger.

#### Bekanntmachung.

Der Vorbereitungsgottesdienst für den zweiten diesjährigen Sohntag findet Donnerstag, den 18. d. M., in der Matthäuskirche und war nicht Nachmittags 2 Uhr, sondern Abends 6 Uhr statt.  
Leipzig, den 15. November 1880.

Die Kircheninspektion für Leipzig.  
Der Superintendent  
D. Schleier.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

— Ueber die Säbelaffaire in Klausenburg wird folgendes Nähere gemeldet: Nicolaus Bartho, der Redakteur des Blattes "Elenit", wurde am 13. d. M. Vormittags von zwei Offizieren herausgeholt, weil in seinem Blatt eine Notiz erschien, war, welche das Vorgehen des Militärs gegen freiwillige scharf tadelte. Der Redakteur lehnte den Zwietramp ab, worauf die Offiziere mit Peitschenhieben antworteten. Bartho wehrte sich mit seinem Stock; darauf ließen ihn die Offiziere mit ihren Säbeln nieder. In Bartho's Wohnung wird gezeigt. Anlässlich der Aufrégung, welche dieser Vorfall in Klausenburg hervorrief, ist das Militär in den Kasernen konstituiert. Eine in Klausenburg abgehaltene Volksversammlung war von mehreren tausend Menschen besucht und nahm einen ganz geordneten Verlauf. Nach mehrfachen Reden wurde beschlossen, eine Deputation an den Kaiser zu entsenden, welche dem Monarchen folgende Worte zu überreichen habe:

Im baldigender Erfurth bringt mir Ew. Maj. die befreimende Thatache zur Kenntniß, daß die beim Major von Commando des 51. Infanterie-Regiments in die Verwendung befindenden Offiziere Oberleutnant Dienst und Lieutenant Rückert unserm Bürger Stephan Bartho in dessen Wohnung maulringt angriffen, lebensgefährlich zusammengebauten und, unter Selbstbehauptung der Rüttlichkeit, sowie unter dem Vorwande der Satisfaktionnahme, eine standhaft Gewaltthat verübt haben. Wir wissen aus früheren Jahren, daß die Macht und die Verantwortlichkeit unserer parlamentarischen Regierung bei der gegenwärtigen Organisation der Militäroericht keine besondere Bedeutung hat. Nur Ew. Maj. bestätigt jene kriegerliche Gewalt, die darüber verbürgt kann, daß die Thäter ihrem Verbrechen entsprechend bestraft werden.

Nach telegraphischen Nachrichten aus Petersburg ist an den vom Militärtreisgericht zum Tode durch den Strong verurtheilten Räthlichen Kowalewsky und Prissaloff das Urteil am Dienstag früh 8 Uhr in der Peter-Pauls-Festung vollzogen worden. — Der "Regierungsbote" erklärt die aus ausländischen Blättern in russische Zeitungen übergegangenen Nachrichten über zwischen dem russischen Gesandten in Wien und dem dortigen Vertreter der österreichischen Kurie geschlossenen Verhandlungen, soweit es den Gegenstand der Befreiung betrifft, für unbegründet. Die einige Monate hindurch geführten Verhandlungen hätten bei der Abreise des Räthlichen Jacobini von Wien mit einer vorläufigen Beschlagnahme geendet, welche ausschließlich die kirchliche Organisation der katholischen Bischofsländer in Russland betraf. — Es heißt, in Petersburg besteht die Absicht, in nächster Zeit in den höheren Regierungskreisen die endgültige Erledigung der Fragen in Angriff zu nehmen, die sich auf die Ausdehnung der staatlichen und kommunalen Errichtungen auf das Königreich Polen beziehen, die bereits im Reich in Kraft getreten, aber in Polen noch nicht eingeführt sind. Die vorbereitenden Maßnahmen in dieser Hinsicht seien bereits seit längerer Zeit beendet.

Das Amtsblatt der rumänischen Regierung, der "Romanus", bespricht abermals die Donaufrage und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß im Reich-Ungarn und Rumänien ersteres nicht auf das "Wanckprojekt" zurückkommen werde, da Rumänien seine Unabhängigkeit unter allen Umständen wahren müsse. Im schlimmsten Falle würde Rumänien noch das Mittel bleiben, die gründliche Commission nicht zu beschließen und etwaige Verhandlungen dieser Commission, welche ohne Mitwirkung Rumäniens zu Stande kommen sollten, auf dem rumänischen Ufer nicht zur Ausführung zu bringen. Am Schluß des Artikels wird die Erwartung ausgesprochen, daß Österreich-Ungarn die auf